Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10600

05. 05. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

a) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
– Drucksache 13/9599 –

Mehr Beschäftigung im Dienstleistungssektor

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Uwe Jens, Ernst Schwanhold, Ingrid Becker-Inglau, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/5353 –

Schaffung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor

A. Problem

a) Konsequente Fortsetzung der Bemühungen der Bundesregierung um mehr Beschäftigung im Dienstleistungssektor und zur Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, insbesondere auch von Dienstleistungsunternehmen. Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Dienstleistungswirtschaft. So sollen insbesondere die Anstrengungen zur Absenkung von Steuern und Sozialabgaben intensiviert sowie Deregulierung, Privatisierung und Stärkung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor forciert werden.

b) Angesichts des dramatischen Abbaus von Industriearbeitsplätzen und anhaltender Massenarbeitslosigkeit fordert die Fraktion der SPD einen Ausbau der Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich der Dienstleistungen. Hierzu gehört die Schaffung von Feldern für neue und moderne Dienstleistungen ebenso wie die Überprüfung möglicher Tätigkeitshemmnisse sowie die Prüfung möglicher flexiblerer Rahmengestaltungen, um dadurch zusätzliche Felder für Beschäftigung zu eröffnen.

B. Lösung

Annahme des Antrages auf Drucksache 13/9599 und Ablehnung des Antrages auf Drucksache 13/5353.

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine

E. Sonstige Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/9599 – unverändert anzunehmen und

b) den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/5353 – abzulehnen.

Bonn, den 22. April 1998

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	**Dr. Uwe Jens**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Uwe Jens

I.

Die Anträge wurden in der 216. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. Februar 1998 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuß, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus zur Mitberatung überwiesen. Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/5353 – wurde ferner an den Ausschuß für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen.

II.

Die Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. stellen in ihrem Antrag – Drucksache 13/9599 – fest, daß dem Dienstleistungssektor insbesondere als Potential für neue Arbeitsplätze eine wachsende Bedeutung zukommt. Die Antragsteller fordern daher eine konsequente Fortsetzung der Bemühungen der Bundesregierung um mehr Beschäftigung im Dienstleistungssektor zur Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Dienstleistungswirtschaft angestrebt werden. So sollen insbesondere die Anstrengungen zur Absenkung von Steuern und Sozialabgaben intensiviert sowie Deregulierung, Privatisierung und Stärkung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor forciert werden. Der Deutsche Bundestag soll überdies aufgefordert werden, dem Ausschuß für Wirtschaft des Deutschen Bundestages über den Fortschritt bei der Umsetzung der vorgeschlagenen Rahmenverbesserungen für die Dienstleistungswirtschaft zu berichten.

In dem Antrag – Drucksache 13/5353 – stellt die Fraktion der SPD fest, daß angesichts des Strukturwandels vor allem auf dem Dienstleistungssektor die Beschäftigungsmöglichkeiten noch erheblich ausgebaut werden können. Die Bundesregierung soll deshalb aufgefordert werden, einen Bericht vorzulegen, aus dem konkret hervorgeht, durch welche gesetzlichen Maßnahmen und wirtschaftspolitischen Anreize Möglichkeiten für zusätzliche Beschäftigung geschaffen werden können. Die Antragsteller sprechen sich dafür aus, den Dialog mit Tarifpartnern, gesellschaftlichen Gruppen und Vertretern der Wirtschaft zu führen, um für zusätzliche Beschäftigung zu sorgen und Tätigkeitshemmnisse im Dienstleistungssektor abzubauen. Es wird ferner vorgeschlagen, zum Abbau vor allem der Langzeitarbeitslosigkeit darauf hinzuwirken, daß zusätzliche Arbeitsplätze bei lokalen und regionalen Beschäftigungsinitiativen im Bereich von sozialen, ökologischen und kulturellen Dienstleistungen geschaffen werden.

III.

Der Finanzausschuß hat in seiner 98. Sitzung am 4. März 1998 mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Annahme des Antrages – Drucksache 13/9599 – zu empfehlen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner 126. Sitzung am 25. März 1998 mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS ebenfalls beschlossen, die Annahme des Antrages – Drucksache 13/9599 – zu empfehlen.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in seiner Sitzung am 1. April 1998 mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Annahme des Antrages – Drucksache 13/9599 – zu empfehlen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 25. März 1998 mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Annahme des Antrages – Drucksache 13/9599 – zu empfehlen.

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat in seiner Sitzung am 25. März 1998 mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Franktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Annahme des Antrages – Drucksache 13/9599 – zu empfehlen.

Der Finanzausschuß hat in seiner 98. Sitzung am 4. März 1998 mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS und bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD beschlossen, die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/5353 – zu empfehlen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner 126. Sitzung am 25. März 1998 mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen,

die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/5353 – zu empfehlen.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in seiner Sitzung am 1. April 1998 mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/5353 – zu empfehlen.

Der Ausschuß für Gesundheit hat in seiner Sitzung am 29. April 1998 mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/5353 – zu empfehlen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 25. März 1998 mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD sowie der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/5353 – zu empfehlen.

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat in seiner Sitzung am 25. März 1998 mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/5353 – zu empfehlen.

IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Anträge in seiner 82. Sitzung am 22. April 1998 abschließend beraten.

Der Ausschuß für Wirtschaft beschloß mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrages – Drucksache 13/9599 – zu empfehlen.

Der Ausschuß für Wirtschaft beschloß mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/5353 – zu empfehlen.

Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS sowie bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefaßt.

Bonn, den 22. April 1998

Dr. Uwe Jens

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333